

No. 35378

**Germany
and
Norway**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Norway concerning the conveyance of gas via a pipeline from the Norwegian continental shelf and from other areas to the Federal Republic of Germany (Europipe Agreement). Bonn, 20 April 1993

Entry into force: *4 August 1994 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 19*

Authentic texts: *German and Norwegian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 23 December 1998. Also see No. A-35378 in volume 2048.*

**Allemagne
et
Norvège**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Norvège concernant le transport de gaz par pipeline du Plateau continental norvégien et d'autres régions vers la République fédérale d'Allemagne (Accord Europipe). Bonn, 20 avril 1993

Entrée en vigueur : *4 août 1994 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 19*

Textes authentiques : *allemand et norvégien*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 23 décembre 1998. Voir aussi le no A-35378 du volume 2048.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Norwegen
über den Transport von Gas durch eine Rohrleitung
vom norwegischen Festlandsockel und von anderen Gebieten
in die Bundesrepublik Deutschland
(Europipe-Abkommen)**

**Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Norwegen —**

In dem Wunsch, gewisse Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Verlegung und dem Betrieb einer zweiten Rohrleitung für den Transport von Gas vom norwegischen Festlandsockel in die Bundesrepublik Deutschland stellen werden, sowie gewisse damit zusammenhängende Fragen wie den Transport von Gas aus anderen Gebieten durch dieselbe Rohrleitung zu regeln —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland erhebt keinen Einwand gegen die Verlegung und den Betrieb der Rohrleitung.

Artikel 2

(1) Das Königreich Norwegen stellt die für die Verlegung und den Betrieb der Rohrleitung in ihrer gesamten Länge erforderlichen Lizenzen aus und kann dafür normale Gebühren erheben. Die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland stellen die nach deutschem Recht erforderlichen Lizenzen aus und können dafür normale Gebühren erheben.

(2) Absatz 1 berührt in keiner Weise die Souveränität oder die souveränen Rechte der jeweiligen Vertragspartei über ihr Landgebiet, ihr Küstenmeer und ihren Festlandsockel sowie Gebiete.

in denen das Völkerrecht der Bundesrepublik Deutschland die Ausübung souveräner Rechte gestattet.

Artikel 3

Eigentümer und Betreiber der Rohrleitung ist (sind) eine oder mehrere vom Königreich Norwegen zugelassene und nach norwegischem Recht gegründete oder eingetragene Gesellschaft(en) oder der norwegische Staat. Jede dieser Gesellschaften hat ihren Hauptsitz im Königreich Norwegen und ist für Zwecke der Besteuerung im Königreich Norwegen ansässig.

Artikel 4

(1) Die Rohrleitung, Vorfälle im Zusammenhang mit der Rohrleitung sowie die in Artikel 3 genannten Gesellschaften unterliegen norwegischem Recht und norwegischer Gerichtsbarkeit bezüglich Zivil- und Strafverfahren, Gerichtsstand und Vollstreckung. Dies gilt nicht für den Terminal (angrenzend an den Ekofisk-Emdan-Terminal) und auf dem Landgebiet oder im Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland gelegene Einrichtungen für die Übernahme, Aufheizung und Verdichtung von Gas, soweit in diesem Abkommen oder im Völkerrecht nichts anderes bestimmt ist.

(2) Absatz 1 schließt jedoch die Zuständigkeit deutscher Gerichte und die Anwendung deutschen Rechts im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, auf dem deutschen Festlandsockel sowie in Gebieten, in denen das Völkerrecht der Bundesrepublik Deutschland die Ausübung souveräner Rechte gestattet, nicht aus.

(3) Absatz 1 berührt in keiner Weise die Souveränität oder die souveränen Rechte der jeweiligen Vertragspartei über ihr Landgebiet, ihr Küstenmeer und ihren Festlandsockel sowie Gebiete, in denen das Völkerrecht der Bundesrepublik Deutschland die Ausübung souveräner Rechte gestattet.

Artikel 5

(1) Soweit die Kapazität der Rohrleitung den Transport von Gas zuläßt, das nicht aus dem norwegischen Festlandsockel stammt, kann das Königreich Norwegen es dem (den) Eigentümer(n) der Rohrleitung zur Auflage machen, Gas aus Sticleitungen aus dem Festlandsockel anderer Staaten als das Königreichs Norwegen in die Bundesrepublik Deutschland zu transportieren.

(2) Das Königreich Norwegen kann jedes Vorhaben, Sticleitungen an die Rohrleitung anzuschließen, genehmigungspflichtig machen.

Artikel 6

Der Transport von Gas durch die Rohrleitung hat zu angemessenen handelsüblichen Tarifen zu erfolgen. Die Tarife werden durch das Königreich Norwegen genehmigt oder festgesetzt.

Artikel 7

(1) Die Trasse der Rohrleitung auf dem Festlandsockel und im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland bedarf der Zustimmung durch die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, soweit die dafür verfügbaren Mittel technisch ausreichen und die sonstigen Bedingungen dies zulassen, die Trasse der Rohrleitung auf dem Festlandsockel und im Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland nach auf dem Meeresgrund liegenden oder zumindest teilweise daraus herausragenden Minen oder anderen Sprengkörpern abzusuchen und diese zu räumen.

Artikel 6

(1) Im Zeitpunkt der endgültigen Genehmigung der Verlegung der Rohrleitung hat diese den im Königreich Norwegen und in der

Bundesrepublik Deutschland geltenden technischen, Sicherheits- und Umweltschutzregelungen zu entsprechen.

(2) Genehmigungen bis zur und einschließlich der Inbetriebnahme der Rohrleitung erteilt das Königreich Norwegen. Hinsichtlich des Teiles der Rohrleitung, der auf dem Landgebiet und im Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland verläuft, und soweit die Bundesrepublik Deutschland nach dem Völkerrecht Hoheitsrechte über Rohrleitungen auf dem Festlandsockel der Bundesrepublik Deutschland oder in Gebieten, in denen das Völkerrecht der Bundesrepublik Deutschland die Ausübung souveräner Rechte gestattet, ausüben kann, erteilt das Königreich Norwegen Genehmigungen bis zur und einschließlich der Inbetriebnahme der Rohrleitung, sobald dem Königreich Norwegen nach Konsultationen mit den zuständigen deutschen Behörden mitgeteilt worden ist, daß keine Einwände bestehen, die geeignet sind, die Aufnahme des Betriebs der Rohrleitung zu behindern. Einwände können nur auf die in Absatz 1 bezeichneten Vorschriften gestützt werden und haben das gemeinsame Interesse an der rechtzeitigen Aufnahme der Gaslieferungen zu berücksichtigen. Die Genehmigungen bis zur und einschließlich der Inbetriebnahme des Terminals in Emden (angrenzend an den Ekofisk-Emden-Terminal) sowie der Einrichtungen auf dem Landgebiet und im Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland für die Übernahme, Aufhellung und Verdichtung von Gas erteilen jedoch die zuständigen deutschen Behörden nach Konsultationen mit dem Königreich Norwegen.

(3) Die Zustimmung zum Meßsystem für fiskalische Zwecke, einschließlich der Ausrüstung, in der Bundesrepublik Deutschland und zum Verfahren für den Betrieb dieses Systems erteilt das Königreich Norwegen nach Konsultationen mit der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der im Königreich Norwegen und in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze, einschließlich der internationalen Normen, auf die sich die norwegischen und deutschen Behörden geeinigt haben.

Artikel 9

(1) Soweit für die Überwachung der ordnungsgemäßen Anwendung der Sicherheitsbestimmungen für den Bau, die Verlegung und den Betrieb der Rohrleitung, einschließlich der Messung, erforderlich, haben die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien das Recht, Inspektionen auf dem Festlandsockel der Bundesrepublik Deutschland sowie auf dem Landgebiet und im Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen und zu diesem Zweck Informationen einzuholen.

(2) Für die in Absatz 1 genannten Zwecke führt das Königreich Norwegen Inspektionen des auf dem Festlandsockel des Königreichs Norwegen verlaufenden Teiles der Rohrleitung durch. Die deutschen Behörden können das Königreich Norwegen ersuchen, diese Inspektionen durchzuführen, und an ihnen teilnehmen.

(3) Stellen die beiden Vertragsparteien fest, daß zur ordnungsgemäßen Anwendung der in Absatz 1 genannten Bestimmungen Maßnahmen oder Änderungen notwendig sind, so fordert das Königreich Norwegen die Eigentümer der Rohrleitung auf, den Maßnahmen zu entsprechen und die notwendigen Änderungen vorzunehmen. Stellen die zuständigen deutschen Behörden fest, daß zur ordnungsgemäßen Anwendung der in Absatz 1 genannten Bestimmungen in bezug auf den Terminal (angrenzend an den Ekofisk-Emden-Terminal) und die Einrichtungen auf dem Landgebiet und im Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen oder Änderungen notwendig sind, so fordern sie nach Konsultationen mit dem Königreich Norwegen die Eigentümer der Rohrleitung auf, den Maßnahmen zu entsprechen und die notwendigen Änderungen vorzunehmen. Stellt das Königreich Norwegen fest, daß zur ordnungsgemäßen Anwendung der in Absatz 2 genannten Bestimmungen Maßnahmen oder Änderungen notwendig sind, so fordert es nach Konsultationen mit den zuständigen deutschen Behörden die Eigentümer der Rohrleitung auf, den Maßnahmen zu entsprechen und die notwendigen Änderungen vorzunehmen.

rungen vorzunehmen. Hat die Ausführung solcher vom Königreich Norwegen geforderter Änderungen jedoch Auswirkungen auf den Sicherheitsstandard der Rohrleitung, so ist die Einwilligung der zuständigen deutschen Behörden einzuholen.

(4) Ein Inspektor jeder der beiden Vertragsparteien kann die sofortige Einstellung des Betriebs der Rohrleitung anordnen oder andere Sofortmaßnahmen treffen, wenn dies erforderlich ist, um eine gegenwärtige Gefahr für Leben oder Gesundheit einer Person oder für die Umwelt abzuwenden, und wenn die Zeit für Konsultationen mit der anderen Vertragspartei nicht ausreicht. Bezüglich des Terminals (angrenzend an den Ekofisk-Emden-Terminal) und der Einrichtungen auf dem Landgebiet und im Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland kann jedoch ein norwegischer Inspektor die sofortige Einstellung des Betriebs der Rohrleitung nur nach Genehmigung durch einen deutschen Inspektor anordnen. Jede Handlung der Inspektoren ist den zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien sofort zu melden.

(5) Die Einzelheiten der Inspektionsverfahren und der Verfahren zur Einholung der einschlägigen Informationen werden zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbart.

Artikel 10

(1) Doppel der von der einen Vertragspartei nach Artikel 2 ausgestellten Lizenzen werden der anderen Vertragspartei zur Verfügung gestellt.

(2) Eine von einer Vertragspartei ausgestellte Lizenz wird ohne vorherige Konsultationen mit der anderen Vertragspartei weder geändert noch auf neue Lizenznehmer übertragen.

(3) Eine Vertragspartei kann eine von ihr nach Artikel 2 ausgestellte Lizenz nur im Fall schwerer oder wiederholter Verletzung der Bestimmungen der Lizenz und nach Konsultationen mit der anderen Vertragspartei vorläufig oder endgültig außer Kraft setzen. Können diese Maßnahmen zu einer Unterbrechung des Gastransports durch die Rohrleitung führen, so werden diese Konsultationen mit dem Ziel geführt, Abhilfemaßnahmen zu suchen, um die Fortsetzung des Betriebs der Rohrleitung sicherzustellen.

Artikel 11

(1) Wird eine vom Königreich Norwegen nach Artikel 2 ausgestellte Lizenz zurückgegeben, läuft sie aus oder wird sie widerrufen, so kann das Königreich Norwegen die weitere Nutzung der Rohrleitung dadurch sichern, daß es eine neue Lizenz ausstellt oder verlangt, daß das Eigentum an der Rohrleitung auf den norwegischen Staat übergeht. In solchen Fällen führt das Königreich Norwegen mit der Bundesrepublik Deutschland Konsultationen mit dem Ziel, gegenseitiges Einverständnis über die künftige Nutzung der Rohrleitung zu erzielen.

(2) Das Königreich Norwegen kann nach Konsultationen mit der Bundesrepublik Deutschland entscheiden, daß der weitere Betrieb der Rohrleitung aus technischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen nicht durchführbar ist.

(3) Vorbehaltlich der Absätze 1 und 2 kann das Königreich Norwegen, falls es dies für angebracht hält, die Eigentümer der Rohrleitung auffordern, die Rohrleitung oder einen Teil derselben innerhalb einer bestimmten Frist zu entfernen oder andere Maßnahmen zu treffen, die es für die Stilllegung der Rohrleitung für geeignet hält. Bezüglich des Terminals (angrenzend an den Ekofisk-Emden-Terminal) und der Einrichtungen auf dem Landgebiet und im Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland für die Übernahme, Aufheizung und Verdichtung von Gas kann diese Aufforderung nur mit Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden ergehen.

Artikel 12

Die Haftung für Schäden durch Verschmutzung, einschließlich der Kosten für vorbeugende und Abhilfemaßnahmen, bestimmt sich nach Artikel 4. Die nach Artikel 2 ausgestellten Lizenzen

enthalten Bestimmungen über die Haftung der Lizenznehmer und ihre Verpflichtungen, sich gegen mögliche Schäden durch Verschmutzung in der Bundesrepublik Deutschland, auf ihrem Festlandsockel oder in ihrem Küstenmeer oder in Gebieten, in denen das Völkerrecht der Bundesrepublik Deutschland die Ausübung souveräner Rechte gestattet, zu versichern oder diesbezügliche Sicherheiten oder Garantien zu stellen.

Artikel 13

(1) Hinsichtlich der Tätigkeiten und Vermögensgegenstände, die unter dieses Abkommen fallen, findet das Abkommen vom 18. November 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer (im folgenden als „Steuerabkommen“ bezeichnet) Anwendung.

(2) Jedoch sind bei der Anwendung des Steuerabkommens im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten und Vermögensgegenständen folgende Bestimmungen zu beachten:

1. Bei der Besteuerung des im Steuerabkommen erwähnten Einkommens und Vermögens gilt die Rohrleitung nicht als Betriebsstätte im Sinne des Steuerabkommens.
2. Die festen Geschäftseinrichtungen eines Unternehmens einer Vertragspartei auf dem Festlandsockel oder im Bereich des Küstenmeers der anderen Vertragspartei für das Verlegen oder den Bau der Rohrleitung außerhalb des Landgebiets einschließlich der Einrichtungen an der Küste, die als Montagestellen oder als Hilfseinrichtungen für diese Verlegung oder diesen Bau dienen, gelten nicht als Betriebsstätten im Sinne des Steuerabkommens.
3. Die von einer im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ansässigen Person auf dem Festlandsockel oder im Bereich des Küstenmeers der anderen Vertragspartei oder in den unter Nummer 2 erwähnten Einrichtungen an der Küste, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, ausgeübte unselbständige Arbeit gilt für die Zwecke des Steuerabkommens nicht als im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ausgeübt.

(3) Die Regeln über die Besteuerung, die sich aus diesem Artikel ergeben, gelten auch, wenn das Steuerabkommen geändert wird oder nicht mehr in Kraft ist.

Artikel 14

(1) Die Bundesrepublik Deutschland legt dem Rücktransport von nach diesem Abkommen in die Bundesrepublik Deutschland transportiertem Gas in das Königreich Norwegen keine Hindernisse in den Weg, wenn ein solcher Rücktransport nach den Artikeln 15 (2), 27 und 28 des norwegischen Gesetzes Nr. 11 vom 22. März 1985 über Tätigkeiten im Zusammenhang mit Erdöl oder nach einer in Artikel 17 jenes Gesetzes bezeichneten Vereinbarung erforderlich ist. Die Bundesrepublik Deutschland erhebt auf solches Gas oder auf dessen Transport keine Zölle oder sonstigen öffentlichen Abgaben.

(2) Das Königreich Norwegen setzt sich, soweit dies möglich ist, mit der Bundesrepublik Deutschland ins Benehmen, wenn es eine Entscheidung über die in Absatz 1 erwähnten Fragen trifft.

Artikel 15

Gestützt auf den Grundsatz des ungehinderten Flusses von Waren und Dienstleistungen stellt die Bundesrepublik Deutschland unbeschadet des deutschen Rechts den ungehinderten Transport von Gas vom norwegischen Festlandsockel auf Drittlandsmärkte durch die Bundesrepublik Deutschland hindurch sicher.

Artikel 16

(1) Eine Kommission aus wenigstens drei Vertretern jeder Vertragspartei überwacht die Durchführung dieses Abkommens einschließlich aller einschlägigen Steuerfragen.

(2) Die Kommission tritt auf Ersuchen einer der beiden Vertragsparteien, jedoch mindestens einmal im Jahr, zusammen.

Artikel 17

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die innerhalb der in Artikel 16 genannten Kommission oder auf diplomatischem Weg nicht beigelegt werden kann, wird auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: Jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied, und beide Mitglieder einigen sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann, der von den beiden Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so nimmt der Vizepräsident die Ernennungen vor. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so nimmt das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vor.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsparteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 18

In diesem Abkommen gelten die nachstehenden Begriffsbestimmungen:

1. „Gas“ bedeutet alle gasförmigen Kohlenwasserstoffe.
2. „Rohrleitung“ bedeutet die Rohrleitung, die für den Transport von Gas vom norwegischen Festlandsockel in die Bundesrepublik Deutschland gebaut wird, und zwar von dem letzten nachgeschalteten Auslaßflansch einer bestehenden, vorbereiteten oder künftigen Einrichtung oder Verbindungsstelle an dem Teil der Rohrleitung, der auf dem norwegischen Festlandsockel und durch die festzulegenden Koordinaten verläuft, einschließlich des Terminals in Emden (angrenzend an den Ekofisk-Emden-Terminal) in der Bundesrepublik Deutschland, bis zum letzten Meßsystem für fiskalische Zwecke, einschließlich der Ausrüstung, in diesem Terminal und einschließlich aller mit der Leitung verbundenen Einrichtungen zur Übernahme, zur Aufheizung und zum Transport von Gas.
3. „Vertragsparteien“ bedeutet die beiden Staaten, die Vertragsparteien dieses Abkommens sind, oder einen von ihnen, wenn der Begriff im Singular verwendet wird.

Artikel 19

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Oslo ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieses Abkommen bleibt in Kraft, bis die beiden Vertragsparteien etwas anderes vereinbaren.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Bonn am 20. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und norwegischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

**Jürgen Trumpf
Dieter v. Würzen**

Für das Königreich Norwegen

K. E. Manshaus

[NORWEGIAN TEXT — TEXTE NORVÉGIEN]

**Avtale
mellom forbundsrepublikken tyskland
og kongeriket norge
om overføring av gass
fra den norske kontinentalsokkelen og andre områder gjennom
en rørledning til forbundsrepublikken tyskland
(Europipe-avtalen)**

Forbundsrepublikken Tyskland

og

Kongeriket Norge,

Som ønsker å regulere visse spørsmål som vil oppstå i forbindelse med legging og drift av en ny rørledning for overføring av gass fra den norske kontinentalsokkel til Forbundsrepublikken Tyskland, og også visse beslektede spørsmål, slik som overføring av gass fra andre områder i samme rørledning,

Er blitt enige om følgende:

Artikkel 1

Forbundsrepublikken Tyskland skal ikke motsette seg legging og drift av rørledningen.

Artikkel 2

(1) Kongeriket Norge skal tildele de nødvendige tillatelser for legging og drift av rørledningen i hele dens lengde og kan beregne normale avgifter for dette. De ansvarlige myndigheter i Forbundsrepublikken Tyskland skal tildele de nødvendige tillatelser i henhold til tysk lov og kan beregne normale avgifter for dette.

(2) Bestemmelsene i punkt (1) ovenfor skal ikke ha noen innvirkning på en kontraherende parts suverenitet eller suverene rettigheter over sitt land- og sjøterritorium og sin kontinentalsokkel

eller i soner der folkeretten tillater Forbundsrepublikken Tyskland å utøve suverene rettigheter.

Artikkel 3

Rørledningen skal eies og drives av et selskap eller selskaper som skal være godkjent av Kongeriket Norge og som skal være stiftet eller registrert i henhold til norsk lov eller av den norske stat. Ethvert slikt selskap skal ha sitt hovedsete i Kongeriket Norge og skal i skattemessig henseende være hjemmehørende i Kongeriket Norge.

Artikkel 4

(1) Rørledningen, hendelser som står i forbindelse med denne og selskaper som er nevnt i artikkel 3 skal være underlagt norsk rett og jurisdiksjon for så vidt angår sivile saker og straffesaker, vermeting og tvangsfullbyrdelse. Dette skal ikke gjelde terminalen (ved eiden av Ekofisk-Emden terminalen) og anlegg beliggende på Forbundsrepublikken Tysklands land- eller sjøterritorium for mottak, oppvarming og komprimering av gass, med mindre dette er nærmere bestemt i denne avtalen eller folkeretten.

(2) Bestemmelsene i punkt (1) ovenfor skal imidlertid ikke utelukke tyske domstolars jurisdiksjon og anvendelse av tysk rett på Forbundsrepublikken Tysklands territorium, den tyske kontinentalsokkelen og i soner der folkeretten tillater Forbundsrepublikken Tyskland å utøve suverene rettigheter.

(3) Bestemmelsene i punkt (1) ovenfor skal ikke ha noen innvirkning på en kontraherende parts suverenitet eller suverene rettigheter vedrørende dets land- og sjøterritorium, kontinentalsokkel eller i soner der folkeretten tillater Forbundsrepublikken Tyskland å utøve suverene rettigheter.

Artikkel 5

(1) I den utstrekning rørledningens kapasitet tillater overføring av annen gass enn gass fra den norske kontinentalsokkelen, kan Kongeriket Norge pålegge eieren (eierne) av rørledningen å overføre til Forbundsrepublikken Tyskland gass som blir mottatt gjennom tilførselsledninger fra kontinentalsokkelen til en annen stat enn Kongeriket Norge.

(2) Kongeriket Norge kan gjøre ethvert prosjekt vedrørende tilknytning av tilførselsledninger avhengig av sin godkjenning.

Artikkel 6

Overføring av gass i rørledningen skal foregå til rimelige forretningsmessige tariff. Tariffene skal godkjennes eller fastsettes av Kongeriket Norge.

Artikkel 7

(1) Rørledningstraséen på kontinentalsokkelen og territoriet til Forbundsrepublikken Tyskland skal være gjenstand for godkjenning av de to kontraherende parters ansvarlige myndigheter.

(2) Forbundsrepublikken Tyskland er rede til, i den utstrekning det tilgjengelige utstyr gjør det teknisk mulig og andre omstendigheter tillater det, å søke etter miner eller andre sprengladninger på eller fremstikkende fra havbunnen, langs rørledningstraséen på Forbundsrepublikken Tysklands kontinentalsokkel og sjøterritorium, og å fjerne dem.

Artikkel 8

(1) På det tidspunkt leggingen av rørledningen endelig godkjennes, skal den være i overensstemmelse med gjeldende

forskrifter i Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriket Norge med hensyn til tekniske, sikkerhetsmessige og miljømessige spørsmål.

(2) Tillatsiser som går forut for og innbefatter driftstart av rørledningen skal gis av Kongeriket Norge. Med hensyn til den del av rørledningen som ligger på Forbundsrepublikken Tysklands land- og sjøterritorium og i den utstrekning Forbundsrepublikken Tyskland etter folkeretten kan utøve jurisdikasjon over rørledninger på Forbundsrepublikken Tysklands kontinentalsokkel eller i soner der folkeretten tillater Forbundsrepublikken Tyskland å utøve suverene rettigheter, skal tillatelser som går forut for og innbefatter driftstart av rørledningen gis av Kongeriket Norge, når Kongeriket Norge etter konsultasjoner med de ansvarlige tyske myndigheter er blitt informert om at det ikke foreligger innsigelser av en slik karakter at de kan hindre oppstart av rørledningsdriften. Innsigelser kan kun være basert på forskrifter som er nevnt i punkt (1) ovenfor, og skal ta hensyn til den felles interesse som ligger i at gassleveransene starter opp til rett tid. Godkjenninger og tillatelser som går forut for og innbefatter driftstart av terminalen i Emden (ved siden av Ekofisk-Emden terminalen) og anlegg beliggende på Forbundsrepublikken Tysklands land- og sjøterritorium for mottak, oppvarming og komprimering av gass gis av de ansvarlige tyske myndigheter etter konsultasjoner med Kongeriket Norge.

(3) Godkjenning av målesystemet for beskatningsformål og godkjenning av driftsprosedurene for systemet, herunder utstyr plassert i Forbundsrepublikken Tyskland, skal gis av Kongeriket Norge med forbehold av konsultasjoner med Forbundsrepublikken Tyskland, basert på gjeldende lover i Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriket Norge, herunder internasjonale standarder som er avtalt mellom de norske og tyske myndigheter.

Artikkel 9

(1) I den utstrekning det er nødvendig for overvåking av en korrekt gjennomføring av sikkerhetsbestemmelsene for konstruksjon, legging og drift av rørledningen, herunder måling, skal begge kontraherende parter ansvarlige myndigheter ha rett til å foreta inspeksjoner på Forbundsrepublikken Tysklands kontinentalsokkel og dens land- og sjøterritorium, og til å innhente opplysninger for dette formål.

(2) For de formål som er nevnt i punkt (1) ovenfor skal Kongeriket Norge foreta inspeksjoner på den del av rørledningen som ligger på Kongeriket Norges kontinentalsokkel. Tyske myndigheter kan anmode Kongeriket Norge om å foreta slike inspeksjoner og kan delta i dem.

(3) Dersom begge kontraherende parter konstaterer at pålegg eller modifikasjoner må foretas for å oppnå en korrekt gjennomføring av bestemmelsene i punkt (1) ovenfor, skal Kongeriket Norge anmode eierne av rørledningen om å etterkomme påleggene og foreta de nødvendige modifikasjoner. Hvis de ansvarlige tyske myndigheter konstaterer at pålegg eller modifikasjoner må foretas for å oppnå en korrekt gjennomføring av punkt 1 ovenfor med hensyn til terminalen (ved siden av Ekofisk-Emden terminalen) og anlegg beliggende på Forbundsrepublikken Tysklands land- og sjøterritorium, skal de ansvarlige myndigheter etter konsultasjoner med Kongeriket Norge anmode eierne av rørledningen om å etterkomme påleggene og utføre de nødvendige modifikasjoner. Hvis Kongeriket Norge videre konstaterer at pålegg eller modifikasjoner må foretas for å oppnå en korrekt gjennomføring av bestemmelsene i punkt 2 ovenfor, skal Kongeriket Norge etter konsultasjoner med de ansvarlige tyske myndigheter, anmode eierne av rørledningen om å etterkomme påleggene og utføre de nødvendige modifikasjoner. Hvis gjennomføringen av slike modifikasjoner som Kongeriket Norge pålegger har innvirkning på

rørledningens sikkerhetsnivå skal det innhentes samtykke fra de ansvarlige tyske myndigheter.

(4) En inspektør fra en av de kontraherende parter kan beordre øyeblikkelig driftsstans av rørledningen eller treffe andre øyeblikkelige tiltak når det er nødvendig for å avverge en overhengende fare for liv eller helse til en person eller miljøet, og det ikke er tid til å konsultere den annen kontraherende part. Med hensyn til terminalen (ved siden av Ekofisk-Emden terminalen) og anleggene beliggende på Forbundsrepublikken Tysklands land- og sjøterritorium kan imidlertid en norsk inspektør bare beordre umiddelbar driftsstans av rørledningen etter å ha klarert dette med en tysk inspektør. Alle tiltak som treffes av inspektører skal straks rapporteres til begge de kontraherende parters ansvarlige myndigheter.

(5) Detaljene ved inspeksjonsprosedyrene og prosedyrene for innhenting av de relevante opplysninger skal avtales mellom de kontraherende parters ansvarlige myndigheter.

Artikkel 10

(1) Kopier av tillatelser som tildes av en kontraherende part i henhold til artikkel 2 skal gjøres tilgjengelig for den annen kontraherende part.

(2) En kontraherende part skal ikke endre tildelte tillatelser eller overtære dem til nye rettighetshavere uten på forhånd å ha konsultert den annen kontraherende part.

(3) En kontraherende part kan bare suspendere eller inndra en tillatelse som er tildelt av vedkommende part i henhold til artikkel 2 i tilfelle av alvorlige eller gjentatte overtredelser av vilkårene i tillatelsen og etter på forhånd å ha konsultert den annen kontraherende part. Hvis slike tiltak kan avbryte overføringen av gass i rørledningen, skal slike konsultasjoner ha som mål å finne løsninger for å sikre forteatt drift.

Artikkel 11

(1) Hvis en tillatelse som er tildelt av Kongeriket Norge i henhold til artikkel 2 oppgis, utløper eller tilbakekalles, kan Kongeriket Norge sikre videre bruk av rørledningen ved å tildete en ny tillatelse eller kreve at eiendomsretten til rørledningen skal tilfalle den norske stat. I slike tilfeller skal Kongeriket Norge holde konsultasjoner med Forbundsrepublikken Tyskland i den hensikt å komme fram til en felles avtale om framtidig bruk av rørledningen.

(2) Kongeriket Norge kan etter konsultasjoner med Forbundsrepublikken Tyskland bestemme at driften av rørledningen ikke er mulig av tekniske, økonomiske eller andre grunner.

(3) Med forbehold av bestemmelsene i punkt (1) og (2) ovenfor kan Kongeriket Norge, hvis det finner det hensiktsmessig, anmode eierne av rørledningen om å fjerne rørledningen eller en del av rørledningen innen en bestemt tidsfrist, eller treffe slike tiltak som det anser hensiktsmessig for å oppgi rørledningen. Med hensyn til terminalen (ved siden av Ekofisk-Emden terminalen) og anlegg beliggende på Forbundsrepublikken Tysklands land- og sjøterritorium for mottak, oppvarming og komprimering av gass, kan imidlertid slike anmodninger bare fremsettes med de ansvarlige tyske myndigheters samtykke.

Artikkel 12

Ansvar for forurensningsskade, herunder kostnader ved forebyggende og skadebøtende tiltak, skal reguleres i henhold til bestemmelsene i artikkel 4. Tillatelser som er tildelt i henhold til

artikkel 2 skal fastsette kravene for ansvar for og forsikring eller andre garantier mot forurensningskade som måtte forekomme i Forbundsrepublikken Tyskland eller på dens kontinentalsokkel eller i dens sjøterritorium eller i soner der folkeretten tillater Forbundsrepublikken Tyskland å utøve suverene rettigheter.

Artikkel 13

(1) Med hensyn til virksomhet og formue som omfattes av denne avtale, gjelder bestemmelsene i Overenskomst av 18. november 1958 mellom Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriket Norge til unngåelse av dobbeltbeskatning og om gjensidig administrativ og rettslig bistand for så vidt angår skatter av inntekt og formue samt næringskatt (heretter kalt «skatteavtalen»).

(2) Imidlertid skal ved anvendelse av skatteavtalen i forbindelse med slik virksomhet og formue følgende bestemmelser overholdes.

1. Ved uttigning av inntekts- og formuesskatter som nevnt i skatteavtalen skal rørdedningen ikke anses som fast driftssted i skatteavtalens forstand.
2. Faste forretningsinnretninger som et foretak i en kontraherende stat har på den annen kontraherende stats kontinentalsokkel eller sjøterritorium i forbindelse med legging eller bygging av rørdedningen til havs, medregnet installasjoner på land når disse tjener som monteringssted eller hjelpeinnretning for slik legging eller bygging, skal ikke anses som faste driftsteder i skatteavtalens forstand.
3. Uselvstendige personeltjenester som er utført av en person bosatt i en kontraherende stat på den annen kontraherende stats kontinentalsokkel eller dens sjøterritorium eller på innretninger i land som nevnt i underpunkt 2 ovenfor og beliggende i den annen stat, skal etter skatteavtalen ikke regnes for å være utført i den annen kontraherende stat.

(3) De beskatningsregler som følger av bestemmelsene i denne artikkel, skal anvendes selv om skatteavtalen blir endret eller ikke lenger er i kraft.

Artikkel 14

(1) Forbundsrepublikken Tyskland skal ikke legge noen hindringer i veien for at gass som er overført til Forbundsrepublikken Tyskland i henhold til denne avtale blir tilbakeført til Kongeriket Norge, når dette er påkrevd i Lov av 22. mars 1985 nr. 11 om petroleumsvirksomhet, artikkel 15(2), 27 og 28 eller en avtale som nevnt i artikkel 17 i loven. Forbundsrepublikken Tyskland skal ikke legge toll eller andre avgifter på slik gass eller på overføringen av den.

(2) Kongeriket Norge skal i den utstrekning det er mulig rådføre seg med Forbundsrepublikken Tyskland ved avgjørelsen av de spørsmål som er nevnt i punkt (1) ovenfor.

Artikkel 15

Basert på prinsippet om uhindret strøm av varer og tjenester skal Forbundsrepublikken Tyskland uten å prejudisere tysk lovgivning, sikre en uhindret overføring av gass fra den norske kontinentalsokkel til tredjemarkeder gjennom Forbundsrepublikken Tyskland.

Artikkel 16

(1) En kommisjon bestående av minst tre representanter for hver av de kontraherende parter skal overvåke gjennomføringen av denne avtale, herunder alle relevante skattespørsmål.

(2) Kommisjonen skal møtes etter anmodning fra en av de kontraherende parter, men minst én gang i året.

Artikkel 17

(1) Enhver tvist vedrørende tolkning eller anvendelse av denne avtale som det ikke har vært mulig å løse i den kommisjon som er nevnt i artikkel 16 eller gjennom diplomatiske kanaler, skal etter anmodning fra en av de kontraherende parter forelegges for en voldgiftsdomstol for avgjørelse.

(2) En slik voldgiftsdomstol skal i hvert enkelt tilfelle være sammensatt på følgende måte: Hver av de kontraherende parter skal oppnevne ett medlem, og disse to medlemmene skal bli enige om en statsborger fra et tredje land som formann for oppnevning av de to kontraherende parter. Disse medlemmene skal oppnevnes innen tre måneder og formannen innen tre måneder fra den dato da en kontraherende part underrettet den annen kontraherende part om at den har til hensikt å forelegge tvisten for en voldgiftsdomstol.

(3) Hvis de tidsfristene som er fastsatt i punkt (2) ovenfor ikke er overholdt, kan hver av de kontraherende parter i travær av en annen relevant ordning anmode Presidenten for Den internasjonale domstol om å foreta de nødvendige oppnevninger. Hvis Presidenten er statsborger av en av de kontraherende parter eller hvis han på annen måte er forhindret fra å utføre nevnte funksjon, skal Visepresidenten foreta de nødvendige oppnevninger. Hvis Visepresidenten er statsborger av en av de kontraherende parter eller hvis også han er forhindret fra å utføre nevnte funksjon, skal det medlem av domstolen som kommer etter i rang og som ikke er statsborger av en av de kontraherende parter, foreta de nødvendige oppnevninger.

(4) Voldgiftsdomstolen skal på grunnlag av de overenskomster som eksisterer mellom de kontraherende parter og alminnelige folkerettslige prinsipper, fatte sine avgjørelser ved stemmeflertall. Slike avgjørelser skal være bindende. Hver av de kontraherende parter skal bære utgiftene for sitt eget medlem og for sine representanter under rettergangen. Kostnadene for formannen og de øvrige kostnader skal bæres i like deler av begge de kontraherende parter. Voldgiftsdomstolen kan fastsette en annen fordeling av kostnadene. I alle andre henseender skal voldgiftsdomstolen fastsette sin egen forretningsorden.

Artikkel 18

I denne avtale skal følgende definisjoner gjelde:

1. «Gass» betyr alle gassformige hydrokarboner.
2. «Rørledning» betyr den rørledningen som er bygget for overføring av gass fra den norske kontinentalsokkel til Forbundsrepublikken Tyskland fra den siste nedstrømsflens på enhver eksisterende, planlagt eller framtidig installasjon eller tilknytningspunkt på den del av rørledningen som ligger på den norske kontinentalsokkel og som passerer gjennom de koordinater som vil bli fastlagt, herunder terminalen i Emden (ved siden av Ekofisk-Emden terminalen) i Forbundsrepublikken Tyskland opp til og inkludert det siste målesystem for beskatningsformål, medregnet utstyr, ved vedkommende terminal, og herunder alle anlegg som er koplet til rørledningen for mottak, oppvarming og transport av slik gass.
3. «Kontraherende parter» betyr de to stater som er part i denne avtale, og en av dem når det henvises til dem i entallsform.

Artikkel 19

(1) Denne avtale er gjenstand for ratifikasjon. Ratifikasjonsdokumentene skal utveksles så tidlig som mulig i inneværende år.

(2) Denne avtale skal tre i kraft en måned etter at ratifikasjonsdokumentene er utvekslet.

(3) Denne avtale skal forbli i kraft inntil begge de kontraherende parter avtaler noe annet.

Til bevitnelse herav har de undertegnede, som er behørig bemyndiget dertil av sine respektive ansvarlige myndigheter, undertegnet denne avtale.

Utført i to eksemplarer i Bonn den 20. april 1993 på tysk og norsk, hvorav begge tekster har samme gyldighet.

For Forbundsrepublikken Tyskland
Jürgen Trumpf
Dieter v. Würzen

For Kongeriket Norge
K. E. Manshaus

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE KINGDOM OF NORWAY
CONCERNING THE TRANSPORT OF GAS BY PIPELINE FROM THE
NORWEGIAN CONTINENTAL SHELF AND OTHER AREAS TO THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY (EUROPIPE AGREEMENT)

The Federal Republic of Germany and the Kingdom of Norway,

Desiring to regulate certain questions which will arise in connection with the laying and operation of a second pipeline for the transport of gas from the Norwegian continental shelf to the Federal Republic of Germany, and also certain questions related thereto, such as the transport of gas from other areas through the same pipeline,

Have agreed as follows:

Article 1

The Federal Republic of Germany shall not object to the laying and operation of the pipeline.

Article 2

1. The Kingdom of Norway shall issue the necessary licences for the laying and operation of the whole length of the pipeline and may charge normal fees therefor. The competent authorities of the Federal Republic of Germany shall issue any licences which may be required under German law and may charge normal fees therefor.

2. The provisions of paragraph 1 shall be entirely without prejudice to the sovereignty or sovereign rights of a Contracting Party over its land territory, territorial sea and continental shelf or in zones where international law permits the Federal Republic of Germany to exercise its sovereign rights.

Article 3

The pipeline shall be owned and operated by a company or companies which shall be approved by the Kingdom of Norway and which shall be established or registered in accordance with Norwegian law or by the Norwegian State. Each of these companies shall have its headquarters in the Kingdom of Norway and shall be resident in the Kingdom of Norway for tax purposes.

Article 4

1. The pipeline, matters which arise in connection therewith and the companies referred to in article 3 shall be subject to Norwegian law and jurisdiction as regards civil and criminal proceedings, forum and enforcement. This shall not apply to the terminal (adjoin-

ing the Ekofisk-Emden terminal) or to facilities situated in the land territory or territorial sea of the Federal Republic of Germany for the intake, heating and compression of gas, unless otherwise stipulated in this Agreement or in international law.

2. The provisions of paragraph 1 shall not, however, exclude the jurisdiction of the German courts and the application of German law concerning the territory of the Federal Republic of Germany, the German continental shelf and zones where international law permits the Federal Republic of Germany to exercise its sovereign rights.

3. The provisions of paragraph 1 shall be entirely without prejudice to the sovereignty or sovereign rights of a Contracting Party over its land territory, territorial sea and continental shelf or in zones where international law permits the Federal Republic of Germany to exercise its sovereign rights.

Article 5

1. To the extent that the capacity of the pipeline permits the transport of gas other than gas from the Norwegian continental shelf, the Kingdom of Norway may order the owner (owners) of the pipeline to transport to the Federal Republic of Germany gas received by feeder pipelines from the continental shelf of a State other than the Kingdom of Norway.

2. The Kingdom of Norway may make any project to connect feeder pipelines subject to its approval.

Article 6

Gas shall be transported through the pipeline at fair commercial rates. The rates shall be approved or set by the Kingdom of Norway.

Article 7

1. The route of the pipeline on the continental shelf and the territory of the Federal Republic of Germany shall be subject to approval by the competent authorities of the two Contracting Parties.

2. The Federal Republic of Germany is prepared, to the extent that the available technical facilities are adequate and other conditions so permit, to search for and remove any mines or other explosive devices lying on, or projecting upward from, the seabed or on the pipeline route on the continental shelf or in the territorial sea of the Federal Republic of Germany.

Article 8

1. When final approval therefor has been given, the pipeline shall be laid in conformity with the technical, safety and environmental regulations in force in the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Norway.

2. Licences up to and including the start-up of pipeline operations shall be issued by the Kingdom of Norway. With respect to the section of the pipeline situated in the land ter-

ritory and territorial sea of the Federal Republic of Germany, and to the extent that the Federal Republic of Germany is permitted by international law to exercise jurisdiction over the pipeline on the continental shelf of the Federal Republic of Germany or in zones where international law permits the Federal Republic of Germany to exercise its sovereign rights, licences up to and including the start-up of pipeline operations shall be issued by the Kingdom of Norway when the Kingdom of Norway, after consultations with the competent German authorities, has been notified that there are no objections of such a nature as to hinder the start-up of pipeline operations. Objections may be based only on the regulations referred to in paragraph 1, and shall take into consideration the common interest in ensuring that gas deliveries are received on time. Licences up to and including the start-up of operations of the terminal in Emden (adjoining the Ekofisk-Emden terminal) as well as the facilities situated in the land territory and territorial sea of the Federal Republic of Germany for the intake, heating and compression of gas shall be issued by the competent German authorities after consultations with the Kingdom of Norway.

3. The approval of the measurement system for tax purposes, including equipment in the Federal Republic of Germany, and of the procedure for the operation of this system, shall be issued by the Kingdom of Norway after consultations with the Federal Republic of Germany, based on the law in force in the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Norway, including international standards which have been agreed upon by the Norwegian and German authorities.

Article 9

1. To the extent required for the monitoring of the correct implementation of safety regulations relating to the construction, laying and operation of the pipeline, including measurement, the competent authorities of each Contracting Party shall have the right to conduct inspections on the continental shelf and in the land territory and territorial sea of the Federal Republic of Germany, and to obtain information for this purpose.

2. For the purposes referred to in paragraph 1, the Kingdom of Norway shall conduct inspections on the section of the pipeline situated on the continental shelf of the Kingdom of Norway. The German authorities may request the Kingdom of Norway to conduct such inspections and may take part in them.

3. If the two Contracting Parties find that measures should be taken or changes made in order to ensure the correct implementation of the provisions of paragraph 1, the Kingdom of Norway shall request the owners of the pipeline to comply with the measures and make the necessary changes. If the competent German authorities find that measures should be taken or changes made in order to ensure the correct implementation of the provisions of paragraph 1 with respect to the terminal (adjoining the Ekofisk-Emden terminal) and the facilities situated in the land territory and territorial sea of the Federal Republic of Germany, they shall, after consultations with the Kingdom of Norway, request the owners of the pipeline to comply with the measures and make the necessary changes. If the Kingdom of Norway finds that measures should be taken or changes made in order to ensure the correct implementation of the provisions of paragraph 2, the Kingdom of Norway shall, after consultations with the competent German authorities, request the owners of the pipeline to comply with the measures and make the necessary changes. If the implementation of the

changes requested by the Kingdom of Norway affects the safety of the pipeline, consent shall be obtained from the competent German authorities.

4. An inspector from each of the two Contracting Parties may order an immediate halt to pipeline operations or may take other immediate measures, if necessary, with a view to averting an imminent threat to the life or health of a person or to the environment, and if there is no time to consult the other Contracting Party. With respect to the terminal (adjoining the Ekofisk-Emden terminal) and the facilities situated in the land territory and territorial sea of the Federal Republic of Germany, a Norwegian inspector may, however, order an immediate halt to pipeline operations only after authorization is granted by a German inspector. All action taken by inspectors shall be reported immediately to the competent authorities of the two Contracting Parties.

5. The particulars regarding inspection procedures and procedures for obtaining the relevant information shall be agreed upon by the competent authorities of the Contracting Parties.

Article 10

1. Copies of licences issued by one Contracting Party in accordance with article 2 shall be made available to the other Contracting Party.

2. Neither Contracting Party shall alter a licence which has been issued or transfer it to new licensees without prior consultations with the other Contracting Party.

3. A Contracting Party may suspend or revoke a licence which it has issued in accordance with article 2 only in the event of serious or repeated violations of the terms of the licence and after prior consultations with the other Contracting Party. If such measures can interrupt the transport of gas through the pipeline, the purpose of such consultations shall be to find solutions which ensure the continued operation of the pipeline.

Article 11

1. If a licence issued by the Kingdom of Norway in accordance with article 2 is returned, expires or is revoked, the Kingdom of Norway may ensure the continued use of the pipeline by issuing a new licence or by requiring that ownership of the pipeline revert to the Norwegian State. In such cases, the Kingdom of Norway shall hold consultations with the Federal Republic of Germany with a view to reaching mutual agreement concerning the future use of the pipeline.

2. The Kingdom of Norway may, after consultations with the Federal Republic of Germany, determine that the further operation of the pipeline is not feasible owing to technical, economic or other reasons.

3. Subject to the provisions of articles 1 and 2, the Kingdom of Norway may, if it deems appropriate, request the owners of the pipeline to remove the pipeline or part of the pipeline within a specific time limit, or to take other measures which it deems appropriate to shut down the pipeline. With respect to the terminal (adjoining the Ekofisk-Emden terminal) and the facilities situated in the land territory and territorial sea of the Federal Re-

public of Germany for the intake, heating and compression of gas, such requests may be made only with the consent of the competent German authorities.

Article 12

Liability for pollution damage, including the costs of preventive and remedial measures, shall be governed by the provisions of article 4. Licences issued in accordance with article 2 shall contain provisions concerning the liability of licensees and their obligations to insure themselves against possible damage by pollution in the Federal Republic of Germany or on its continental shelf or in its territorial sea or in zones where international law permits the Federal Republic of Germany to exercise its sovereign rights.

Article 13

1. With regard to activities and assets covered by this Agreement, the provisions of the Agreement of 18 November 1958 between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Norway for the avoidance of double taxation and concerning reciprocal administrative and legal assistance with respect to taxes on income and fortune and to the business tax (hereinafter referred to as the "Tax Agreement") shall apply.

2. However, the following provisions shall govern the application of the Tax Agreement to these activities and assets:

(1) For the purposes of the taxation of income and assets defined in the Tax Agreement, the pipeline shall not be deemed to constitute a permanent establishment in the sense of the Tax Agreement;

(2) Fixed places of business of an enterprise of one Contracting Party situated on the continental shelf or in the territorial sea of the other Contracting Party and engaged in laying or constructing the pipeline outside the land territory including the shore facilities serving as assembly shops or support facilities for such laying and construction shall not be deemed to constitute permanent establishments in the sense of the Tax Agreement;

(3) Wage-earning work carried out by persons resident in the territory of one Contracting Party on the continental shelf or in the territorial sea of the other Contracting Party or in the shore facilities referred to in subparagraph 2 above and situated in the territory of the other Contracting Party shall, for the purposes of the Tax Agreement, not be deemed to have been carried out, in the territory of the other Contracting Party.

3. The taxation rules deriving from this article shall apply even if the Tax Agreement is amended or ceases to be in force.

Article 14

1. The Federal Republic of Germany shall not prevent gas which is transported to the Federal Republic of Germany in accordance with this Agreement from being transported back to the Kingdom of Norway when such return transport is required by Norway's Act No. 11 of 22 March 1985 on petroleum activity, articles 15 (2), 27 and 28, or by an agree-

ment referred to in article 17 of that Act. The Federal Republic of Germany shall not impose duties or other charges on such gas or on its transport.

2. So far as possible, the Kingdom of Norway shall consult with the Federal Republic of Germany when deciding on the matters referred to in paragraph 1.

Article 15

Based on the principle of the free flow of goods and services, the Federal Republic of Germany shall, without prejudice to German law, ensure the unimpeded transport of gas from the Norwegian continental shelf to third markets through the Federal Republic of Germany.

Article 16

1. A commission consisting of at least three representatives from each of the Contracting Parties shall supervise the implementation of this Agreement, including all relevant tax matters.

2. The Commission shall meet at the request of one of the two Contracting Parties, but not less than once a year.

Article 17

1. Any dispute concerning the interpretation or application of this Agreement which cannot be settled in the Commission referred to in article 16 or through the diplomatic channel shall at the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

2. Such arbitral tribunal shall be constituted on an ad hoc basis in the following way: each Contracting Party shall appoint one member, and the two members shall agree on a national of a third country as their chairman, who shall be appointed by the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months and the chairman within three months from the date on which one Contracting Party notifies the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal.

3. If the periods specified in paragraph 2 have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from discharging said function, the Vice-President shall make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he is also prevented from discharging said function, the Member of the Court next in seniority who is not a national of either Party shall make the necessary appointments.

4. The arbitral tribunal shall, on the basis of the agreements which exist between the Contracting Parties and the universal principles of international law, reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and for its representation in the arbitral proceedings. The costs of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the two Contracting

Parties. The arbitral tribunal may determine another distribution of the costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall establish its own rules of procedure.

Article 18

For the purposes of this Agreement, the following definitions shall apply:

1. "Gas" means all gaseous hydrocarbons.
2. "Pipeline" means the pipeline which is built for the transport of gas from the Norwegian continental shelf to the Federal Republic of Germany from the last discharge flange of an existing, planned or future facility or point of connection on the section of the pipeline which is situated on the Norwegian continental shelf and which passes through the coordinates to be established, including the terminal in Emden (adjoining the Ekofisk-Emden terminal) in the Federal Republic of Germany up to and including the last measurement system for tax purposes, including equipment, in this terminal and including all facilities connected with the pipeline for the intake, heating and transport of gas.
3. "Contracting Parties" means the two States which are the Contracting Parties to this Agreement, or one of them when the term is used in the singular.

Article 19

1. This Agreement is subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged at Oslo as soon as possible.
2. This Agreement shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification.
3. This Agreement shall remain in force until the two Contracting Parties agree otherwise.

In witness whereof, the undersigned, duly authorized by their respective competent authorities, have signed this Agreement.

Done at Bonn on 20 April 1993 in duplicate, each in the German and Norwegian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:
JÜRGEN TRUMPF DIETER V. WÜRZEN

For the Kingdom of Norway:
K. E. MANSHAUS

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE ROYAUME DE NORVÈGE CONCERNANT LE
TRANSPORT DE GAZ PAR PIPELINE DU PLATEAU CONTINENTAL
NORVÉGIEN ET D'AUTRES RÉGIONS VERS LA RÉPUBLIQUE FÉDÉ-
RALE D'ALLEMAGNE (ACCORD EUROPIPE)

La République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Norvège

Désireux de régler certaines questions qui se poseront à propos de la pose et de l'exploitation d'un deuxième pipeline pour le transport de gaz du Plateau continental norvégien vers la République fédérale d'Allemagne, ainsi que les questions connexes telles que le transport par le même pipeline de gaz provenant d'autres zones,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

La République fédérale d'Allemagne ne soulève pas d'objections à la pose et à l'exploitation d'un pipeline.

Article 2

1. Le Gouvernement norvégien délivrera des licences pour la construction et l'exploitation du pipeline sur toute sa longueur et pourra percevoir en compensation des redevances appropriées. Les autorités compétentes de la République fédérale d'Allemagne délivreront les autres licences exigées par la législation allemande et pourront percevoir à cet effet des droits appropriés.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne portent nullement atteinte aux droits de souveraineté ou à la puissance souveraine des Parties contractantes en ce qui concerne leur plateau continental, leur mer territoriale et leur territoire national, ainsi que les territoires sur lesquels la République fédérale d'Allemagne exerce des droits souverains.

Article 3

Le propriétaire et l'exploitant du pipeline sont une société ou plusieurs entreprises agréé(s) par le Royaume de Norvège et constituée(s) selon le droit norvégien ou une (des) société(s) déclarée(s) ou l'Etat norvégien. Chacune de ces sociétés a son siège en Norvège et est, du point de vue fiscal, considérée comme résidant en Norvège.

Article 4

1. Le pipeline, les incidents liés au pipeline ainsi que les sociétés mentionnées dans l'article 3 relèvent de la législation norvégienne et des tribunaux norvégiens en ce qui concerne le droit civil et le droit pénal, le lieu du tribunal et l'exécution. Ceci ne vaut pas pour

le terminal (attenant au terminal Ekofisk-Emden) en ce qui concerne le lieu d'atterrissage ou les eaux territoriales ou le sol de la République fédérale d'Allemagne, les installations pour la réception, le chauffage et la compression du gaz, si le présent Accord ou la législation n'en disposent pas autrement.

2. Cependant, le paragraphe 1 n'exclut pas la compétence des tribunaux allemands et l'application du droit allemand dans les territoires de la République fédérale d'Allemagne sur le plateau continental allemand, ainsi que dans les zones où s'applique le droit allemand.

3. Les dispositions du paragraphe 1 ne portent nullement atteinte aux droits de souveraineté ou à la puissance souveraine des Parties contractantes en ce qui concerne leur plateau continental, leurs eaux territoriales ainsi que les territoires sur lesquels s'applique le droit de la République fédérale d'Allemagne.

Article 5

1. Dans la mesure où la capacité du pipeline permet le transport de gaz qui ne provient pas du Plateau continental norvégien, le Royaume de Norvège peut ordonner au(x) propriétaire(s) du pipeline de transporter vers la République fédérale d'Allemagne du gaz provenant de forages de sondage effectués sur les plateaux continentaux d'autres pays que le Royaume de Norvège.

2. Le Royaume de Norvège peut décréter que chaque plan visant à raccorder des antennes au pipeline doit être soumis à son approbation.

Article 6

Le transport de gaz par le pipeline s'effectuera aux tarifs appliqués couramment dans le commerce. Les tarifs seront approuvés ou fixés par le Royaume de Norvège.

Article 7

1. Le tracé du pipeline à travers le Plateau continental et le territoire national de la République fédérale d'Allemagne doit être approuvé par les autorités compétentes des deux Parties contractantes.

2. La République fédérale d'Allemagne est prête, dans la mesure où les moyens disponibles à cet effet suffisent sur le plan technique et où les autres conditions le permettent, à explorer le fond de la mer sur le tracé du pipeline passant sur son Plateau continental et à travers sa mer territoriale et d'en éliminer les mines ou autres corps explosifs qui pourraient s'y trouver.

Article 8

1. Au moment où l'autorisation finale de sa mise en place est accordée, le pipeline doit correspondre aux réglementations dans les domaines de la technique, de la sécurité et de

l'environnement en vigueur dans le Royaume de Norvège et en République fédérale d'Allemagne.

2. Le Royaume de Norvège accorde les autorisations préalables et afférentes à la mise en service du pipeline. En ce qui concerne le tronçon du pipeline situé sur le territoire national et dans la mer territoriale de la République fédérale d'Allemagne, et dans la mesure où le droit international confère à la République fédérale d'Allemagne la souveraineté sur les pipelines situés sur le Plateau continental de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que dans les régions où le droit international autorise la République fédérale d'Allemagne à exercer son droit de souveraineté, les autorisations préalables et afférentes à la mise en service du pipeline sont accordées par le Royaume de Norvège dès le moment où, suite à des consultations avec les autorités allemandes compétentes, le Royaume de Norvège a été informé qu'il n'y a pas d'objections à la mise en service du pipeline. Les objections peuvent uniquement être basées sur les réglementations contenues dans l'alinéa 1 et doivent prendre en considération l'intérêt commun d'une mise en service des livraisons de gaz effectuée à temps. Cependant, les autorisations préalables et afférentes à la mise en service du terminal à Emden (adjacent au terminal Ekofisk-Emden) ainsi que celles concernant les installations situées sur le territoire national et dans la mer territoriale de la République fédérale d'Allemagne et destinées à la réception, au réchauffement et à la condensation de gaz sont délivrées par les autorités allemandes compétentes en consultation avec le Royaume de Norvège.

3. A l'issue des consultations avec la République fédérale d'Allemagne, le Royaume de Norvège donne son assentiment au système de mesures, y compris le matériel installé pour des raisons fiscales, ainsi qu'au processus employé pour le fonctionnement de ce système, et cela sur la base des législations en vigueur dans le Royaume de Norvège et en République fédérale d'Allemagne, y compris les normes internationales sur lesquelles les autorités norvégiennes et allemandes se sont mises d'accord.

Article 9

1. Dans la mesure où la vérification de l'application réglementaire des dispositions de sécurité dans les domaines de la construction, de l'installation et du fonctionnement du pipeline, y compris les prises de mesures, le commande, les autorités compétentes des deux Parties contractantes ont le droit de procéder à des inspections sur le Plateau continental de la République fédérale d'Allemagne, sur le territoire national et dans la mer territoriale de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que de demander des informations à cette fin.

2. Le Royaume de Norvège mène des inspections de la partie du pipeline traversant le Plateau continental du Royaume de Norvège aux fins énoncées dans l'alinéa 1. Les autorités allemandes peuvent demander au Royaume de Norvège de procéder à ces inspections et d'y assister.

3. Si les deux Parties contractantes constatent qu'il faut prendre des mesures ou procéder à des transformations dans le cadre de l'application réglementaire des dispositions contenues dans l'alinéa 1, le Royaume de Norvège demande aux propriétaires du pipeline de se conformer aux mesures ou d'entreprendre les transformations nécessaires. Si les autorités allemandes compétentes constatent que l'application réglementaire des dispositions

contenues dans l'alinéa 1 concernant le terminal (adjacent au terminal Ekofisk-Emden) et les installations sur le territoire national et dans la mer territoriale de la République fédérale d'Allemagne exige de prendre des mesures ou d'entreprendre des transformations, les autorités, après avoir engagé des consultations avec le Royaume de Norvège, demandent aux propriétaires du pipeline de se conformer aux mesures et de procéder aux transformations. Si le Royaume de Norvège constate que l'application réglementaire des dispositions contenues dans l'alinéa 2 exige de prendre des mesures ou d'entreprendre des transformations, le Royaume de Norvège, après avoir engagé des consultations avec les autorités allemandes compétentes, demande aux propriétaires du pipeline de prendre les mesures voulues et de procéder aux transformations. Cependant, l'assentiment des autorités allemandes compétentes est requis au cas où la réalisation des transformations demandées par le Royaume de Norvège influencerait sur les normes de sécurité du pipeline.

4. Un inspecteur de chacune des Parties contractantes peut ordonner l'arrêt immédiat du fonctionnement du pipeline ou, si cela est nécessaire, prendre d'autres mesures d'urgence pour prévenir un péril immédiat pour la vie ou la santé d'une personne ou pour l'environnement et s'il n'y a pas assez de temps pour engager des consultations avec l'autre Partie contractante. Cependant, en ce qui concerne le terminal (adjacent au terminal Ekofisk-Emden) et les installations sur le territoire national et dans la mer territoriale de la République fédérale d'Allemagne, un inspecteur norvégien ne peut ordonner l'arrêt immédiat du fonctionnement du pipeline qu'avec l'autorisation d'un inspecteur allemand. Chaque acte des inspecteurs doit être immédiatement communiqué aux autorités compétentes des deux Parties contractantes.

5. Les détails sur les procédés d'inspection et les procédés relatifs à l'obtention des informations pertinentes sont déterminés par les autorités compétentes des Parties contractantes.

Article 10

1. Des doubles des exemplaires de licences accordées par l'une des Parties contractantes en vertu de l'article 2 sont mis à la disposition de l'autre Partie contractante.

2. Une licence accordée par l'une des Parties contractantes ne peut pas être modifiée ou conférée à un nouveau concessionnaire sans consultation préalable avec l'autre Partie contractante.

3. Une Partie contractante ne peut suspendre ou révoquer une licence accordée aux termes de l'article 2 qu'en cas d'infractions graves ou répétées des dispositions de la licence et après consultation avec l'autre Partie contractante. Au cas où de telles mesures pourraient entraîner l'interruption de transport de gaz par le pipeline, les consultations sont engagées dans le but de rechercher les mesures à prendre pour garantir le fonctionnement ininterrompu du pipeline.

Article 11

1. Si une licence accordée aux termes de l'article 2 est rendue, expire ou est révoquée, le Royaume de Norvège peut garantir la poursuite de l'exploitation du pipeline par l'étab-

lissement d'une nouvelle licence en demandant que la propriété soit transférée au Royaume de Norvège. Dans ce cas, le Royaume de Norvège engage des consultations avec la République fédérale d'Allemagne dans le but de trouver une entente sur la future exploitation du pipeline.

2. Après avoir consulté la République fédérale d'Allemagne, le Royaume de Norvège peut décider que la poursuite de l'exploitation n'est plus réalisable pour des raisons d'ordre technique ou économique, ou pour d'autres raisons.

3. Sous réserve des alinéas 1 et 2, le Royaume de Norvège, s'il le juge nécessaire, peut ordonner aux propriétaires du pipeline d'enlever le pipeline ou une partie de ce dernier dans un délai déterminé, ou de prendre d'autres mesures qu'il estime appropriées pour la désaffectation du pipeline. En ce qui concerne le terminal (adjacent au terminal Ekofisk-Emden) et les installations sur le territoire national et dans les eaux territoriales de la République fédérale d'Allemagne et destinées à la réception, au réchauffement et à la condensation du gaz, cette injonction doit recevoir l'assentiment des autorités allemandes compétentes.

Article 12

La responsabilité pour des dégâts causés par la pollution, y compris les frais afférents aux mesures de prévention et de soutien, est déterminée selon les termes de l'article 4. Les licences accordées selon l'article 2 contiennent des dispositions relatives à la responsabilité des concessionnaires et à leur engagement de contracter une assurance contre, ou de fournir des sécurités ou des garanties pour d'éventuels dégâts causés par la pollution en République fédérale d'Allemagne, sur son Plateau continental ou dans ses eaux territoriales ou dans les régions où le droit international autorise la République fédérale d'Allemagne à exercer son droit de souveraineté.

Article 13

1. En ce qui concerne les activités et les biens visés dans le présent Accord, c'est la Convention du 18 novembre 1958 entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Norvège tendant à éviter la double imposition et à établir des règles d'assistance administrative et judiciaire réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune et de patente (dénommée la Convention fiscale dans le présent article), qui s'applique.

2. Cependant, l'application de la Convention fiscale en rapport avec les activités et les biens susmentionnés est soumise aux dispositions suivantes :

1) Aux fins de l'imposition du revenu et de la fortune, telle qu'elle est définie dans la Convention fiscale, le pipeline n'est pas considéré comme un établissement stable au sens de la Convention.

2) Les installations fixes d'une entreprise de l'une des Parties contractantes, qui sont situées sur le Plateau continental ou dans les eaux territoriales de l'autre Partie contractante, aux fins de la pose ou de la construction du pipeline (y compris les installations se trouvant sur la côte, qui servent d'ateliers de montage ou d'installations de soutien pour ces opérations) ne sont pas considérées comme des établissements stables au sens de la Convention fiscale.

3) Le travail salarié exercé par une personne domiciliée sur le territoire national de l'une des Parties contractantes sur le plateau continental ou dans les eaux territoriales de l'autre Partie contractante ou dans les installations côtières, visées au point 2, qui se trouvent sur le territoire national de l'autre Partie contractante, n'est pas considéré comme étant effectué sur le territoire national de l'autre Partie contractante au sens de la Convention fiscale.

3. Les dispositions concernant l'imposition, qui découlent du présent article, restent valables même si la Convention fiscale est modifiée ou cesse d'être en vigueur.

Article 14

1. La République fédérale d'Allemagne ne fait pas obstacle au rapatriement vers le Royaume de Norvège de gaz transporté vers la République fédérale d'Allemagne selon les termes du présent Accord dans le cas où un tel rapatriement est requis selon l'alinéa 2 de l'article 15 ou selon les articles 27 et 28 de la Loi norvégienne n° 11 du 22 mars 1985 sur les activités relatives au pétrole ou selon un arrangement aux termes de l'article 17 de ladite loi. La République fédérale d'Allemagne ne prélève pas de droits de douane ou d'autres taxes intérieures sur ce gaz ou sur le transport de ce dernier.

2. Autant que possible, le Royaume de Norvège se concerta avec la République fédérale d'Allemagne s'il prend une décision sur les questions contenues dans l'alinéa 1.

Article 15

En se fondant sur le principe de la libre circulation des biens et des services, la République fédérale d'Allemagne, sans préjudice du droit allemand, garantit le transport sans entraves de gaz du Plateau continental norvégien à travers la République fédérale d'Allemagne vers des marchés tiers.

Article 16

1. Une commission composée d'au moins trois représentants de chaque Partie contractante surveille l'exécution du présent Accord, y compris des questions relatives à la fiscalité.

2. La commission se réunit à la demande de l'une des Parties contractantes, mais au moins une fois par an.

Article 17

1. Tout différend relatif à l'interprétation ou à l'application du présent Accord, qui ne pourrait pas être réglé dans le cadre de la commission visée à l'article 16 ou par la voie diplomatique, sera porté, à la demande de l'une des Parties contractantes, devant un tribunal arbitral.

2. Pour chaque affaire, le tribunal arbitral est composé de la manière suivante : chaque Partie contractante désigne un membre du tribunal, ces deux membres s'accordent sur un

ressortissant d'un pays tiers, qui sera désigné comme le Président du tribunal par les deux Parties contractantes. Après que l'une des Parties contractantes ait communiqué à l'autre sa volonté de porter le litige devant un tribunal arbitral, les membres de ce dernier sont désignés dans les deux mois qui suivent, son Président dans les trois mois.

3. Au cas où les délais exposés dans l'alinéa 2 ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes, en l'absence d'un autre arrangement, peut prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux désignations requises. Au cas où le Président possède la nationalité de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, c'est le Vice-Président qui procède aux désignations. Au cas où le Vice-Président lui aussi possède la nationalité de l'une des Parties contractantes ou s'il est également empêché, c'est le membre de la Cour le plus élevé en grade et qui n'est ressortissant d'aucune des deux Parties contractantes, qui procède aux désignations.

4. Le tribunal arbitral décide à la majorité des voix, conformément aux accords conclus entre les Parties contractantes et au droit international public. Ses décisions ont force obligatoire. Chaque Partie contractante couvre les frais de son membre du tribunal et de sa représentation à la procédure du tribunal arbitral; les frais afférents au Président, ainsi que les autres frais, sont supportés à parts égales par les deux Parties contractantes. Le tribunal arbitral peut arrêter une autre procédure concernant les frais. Du reste, le tribunal arbitral détermine lui-même les règles de sa procédure.

Article 18

Les définitions des termes, présentées ci-après, s'appliquent au présent Accord :

1. Le terme "gaz" désigne tous les hydrocarbures gazeux.
2. Le terme "pipeline" désigne le pipeline qui est en cours de construction afin de transporter le gaz du Plateau continental norvégien de la République fédérale d'Allemagne, et cela à partir du dernier embout d'une installation, existante, en cours de préparation ou future - ou d'un point de raccordement, existant, en cours de préparation ou futur, à la partie du pipeline située sur le Plateau continental norvégien et traversant les coordonnées qu'il reste à déterminer, y compris le terminal (adjacent au terminal Ekofisk-Emden) en République fédérale d'Allemagne, jusqu'au dernier instrument de mesure, y compris le matériel afférent, installé à des fins fiscales dans ce terminal et y compris toutes installations reliées au pipeline et servant à la réception, au réchauffement et au transport du gaz.
3. L'expression "Parties contractantes" désigne les deux États qui sont les Parties contractantes du présent Accord, ou l'un d'entre eux si cette expression est utilisée au singulier.

Article 19

1. Le présent Accord doit être ratifié. Les instruments de ratification seront échangés le plus rapidement possible à Oslo.
2. Le présent Accord entre en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification.
3. Le présent Accord reste en vigueur jusqu'à ce que les deux Parties contractantes en décident autrement.

En foi de quoi, les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Accord.

Fait à Bonn le 20 avril 1993, en deux versions originales, chacune en langues allemande et norvégienne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

JÜRGEN TRUMPF

DIETER V. WÜRZEN

Pour le Royaume de Norvège :

K. E. MANSHAUS